

## **„EIN GEBOT DER MENSCHLICHKEIT“**

### **UWA-Fraktion in Auenwald macht sich für die Aufnahme von Bürgerkriegsopfern aus Syrien stark**

**Ablehnung, Protest, Widerstand: Wo immer Gemeinden Flüchtlinge unterbringen wollen, ist der Aufschrei groß. Es muss auch anders gehen, sagt die UWA-Fraktion im Auenwalder Gemeinderat und macht sich für die Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsopfern in der Gemeinde stark.**

AUENWALD (wa). Selten, dass Gemeinden von sich aus die Hand heben, wenn es um die Unterbringung von Flüchtlingen geht. Sie wissen ja, was passiert: Die Bürger wehren sich, Nachbarn befürchten Kriminalität und Wertverlust ihrer Immobilien. In Fellbach gehen Anwohner gerichtlich gegen die Nutzung eines Gebäudes als Asylbewerberheim vor. In Waiblingen wehren sich Nachbarn gegen die Unterkunft für Flüchtlinge sogar im Industriegebiet. Das sind nur zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Auch Landrat Fuchs hat in seinem Pressegespräch (siehe oben) den Fokus lediglich auf die finanziellen Lasten gelegt. Einen bemerkenswerten Vorstoß macht jetzt die Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWA) im Auenwalder Gemeinderat. Die UWA fordert, dass sich die Gemeinde angesichts der erschütternden Situation in Syrien offensiv an der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen beteiligen soll.

Angesichts des unvorstellbaren Elends solle die Gemeinde dem Landkreis signalisieren, dass eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, „eine unserer Größe entsprechende Zahl von etwa 2 bis 4 Familien eine menschenwürdige Unterkunft für eine angemessene Zeit zur Verfügung zu stellen“. Das sei „ein Gebot der Menschlichkeit und eine Geste der Solidarität mit Menschen, die unverschuldet in diesen zerstörerischen und mörderischen Bürgerkrieg geraten sind“.

Das vom Bund zugesagte Kontingent von 5000 Flüchtlingen könne in Anbetracht der 2 Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Schon jetzt sei absehbar, dass viel mehr Flüchtlingen eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden müsste. Die Bürgerkriegsopfer aus Syrien sollten in einem intakten sozialen Umfeld untergebracht werden und nicht in Massenunterkünften. Die UWA geht davon aus, dass die Kosten für die Unterbringung durch die öffentliche Hand übernommen werden. Der Gemeindeverwaltung hat sie zur Hausaufgabe gemacht, zu ermitteln, welcher Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung steht beziehungsweise geschaffen werden kann.